



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Sommer 2012 ist in Europa wieder viel passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu den wichtigsten europapolitischen Themen des Monats bereitstellen:

- 1. Gläserne Lobby - mehr als 5150 Einträge im Transparenzregister innerhalb eines Jahres**
- 2. Brandenburg lehnt Zustimmung zu Fiskalpakt und ESM ab**
- 3. Europäisches Parlament lehnt ACTA ab**
- 4. Mögliches EU-Beihilfeverfahren könnte Eröffnungstermin erneut verzögern**
- 5. Hinweis!!! Roaming-Kosten sind gesunken**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

E-Mail: christian-ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

E-Mail: info@christian-ehler.de

1. Gläserne Lobby - mehr als 5150 Einträge im Transparenzregister



Mit dem Jahrestag am 23. Juni will sich auch der Ministerrat beteiligen. Kommissions-Vizepräsident Maroš Šefčovič erklärte: „Das erste Jahr des neuen Transparenzregisters war äußerst erfolgversprechend. Die Eintragungszahlen sprechen für sich – mehr als 5 150 Organisationen sind heute in ihrer Interaktion mit unseren Organen an ein und denselben Verhaltenskodex gebunden, und der Aufwärtstrend bei den Eintragungen setzt sich fort. Der Beschluss des Rates, sich als Beobachter zu beteiligen, zeigt der Öffentlichkeit, dass alle drei großen EU-Organe in diesem wichtigen Bereich zusammenarbeiten. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich der Rat so bald wie möglich vollständig am Transparenzregister beteiligt.“

Als Grundlage für eine Überarbeitung im nächsten Jahr und als Beitrag zur Erstellung des ersten Jahresberichts über das Funktionieren des Registers findet bis zum 31. August 2012 eine Online-Öffentlichkeitsbefragung statt.

Dieser Jahrestag ist auch der Tag der formellen Schließung des 2008 eingeführten Kommissionsregisters der Interessenvertreter. Die in dem alten Register aufgeführten Organisationen wurden während des Zwölfmonats-Übergangszeitraums allmählich übertragen, alle neuen Eintragungen erfolgten ausschließlich in das neue gemeinsame Transparenzregister.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10735_de.htm

2. Brandenburg lehnt Zustimmung zu Fiskalpakt und ESM ab



Das Land Brandenburg wird den Beschlüssen zum Fiskalpakt und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Bundesrat nicht zustimmen. Das kündigte die stellvertretende Regierungssprecherin Regine Krahnert am 28.06.2012 an. Hintergrund

der Entscheidung sei eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag, wonach sich das Land im Bundesrat der Stimme enthält, wenn die Regierungspartner unterschiedlicher Meinung sind.

Die SPD befürwortet das europäische Projekt, die Linke lehnt es ab. Für die Verabschiedung des Fiskalpakts ist eine Zweidrittelmehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat notwendig. Brandenburg ist somit das einzige Bundesland, welches dem EU-Fiskalpakt und dem dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM seine Zustimmung verweigert. Dr. Christian Ehler äußerte sich zu diesem Abstimmungsverhalten wie folgt: „Mit besonderem Kopfschütteln wird in Brüssel vermerkt, dass angesichts der 20-Jahr-Feier der Landesvertretung Brandenburg in Brüssel vor zwei Wochen, wo sich in Anwesenheit europäischer Spitzenvertreter das Land als europäische Musterregion angepriesen hat, mit keiner Silbe auf die ESM-Ablehnung hingewiesen wurde.“

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2012_06/esm_und_fiskalpakt.html

<http://www.christian-ehler.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=244>

3. Europäisches Parlament lehnt ACTA ab



Das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie wurde am 05.07.2012 durch das EU-Parlament abgelehnt, wodurch es in der EU nicht rechtskräftig werden kann.

Während die Abgeordneten noch eine mögliche Zustimmung zu ACTA diskutierten, appellierten Tausende EU-Bürger an sie, ACTA abzulehnen. Dieser noch nie in einem solchen Ausmaß betriebene Lobbyismus nahm die unterschiedlichsten Formen an:

Straßendemonstrationen, Emails an Abgeordnete und Anrufe in deren Büros. Das Parlament erhielt ferner ein Petitionsschreiben, in dem 2,8 Millionen Unterzeichner weltweit die Abgeordneten aufrufen, ACTA ihre Zustimmung zu verweigern.

ACTA, das von der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten, den USA, Australien, Kanada, Japan, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, Südkorea und der Schweiz ausgehandelt wurde, soll die internationale Gesetzgebung bei der Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie verschärfen. Das Ergebnis der Abstimmung hat zur Folge, dass weder die EU noch einzelne Mitgliedstaaten dem Abkommen beitreten können.

Zum ersten Mal hat das Parlament nun von seinem im Lissabon-Vertrag verankerten Recht Gebrauch gemacht und ein internationales Handelsabkommen abgelehnt. 478 Parlamentarier stimmten gegen ACTA, 39 dafür. 165 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120703IPR48247/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-lehnt-ACTA-ab>

4. Mögliches EU-Beihilfeverfahren könnte Eröffnungstermin erneut verzögern



Der neue Eröffnungstermin für den Hauptstadtflughafen in Schönefeld steht nicht nur wegen bautechnischer Probleme infrage, sondern auch ein mögliches EU-Beihilfeverfahren könnte den Zeitplan negativ beeinflussen. Ein Beihilfeverfahren würde die EU einleiten, falls die Gesellschafter der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) - der Bund sowie die Länder Berlin und

Brandenburg – aufgrund massiv steigender Baukosten neues Kapital für den Airport locker machen müssten.

Obwohl in Brüssel auf eine zeitnahe Bearbeitung eines möglichen Beihilfeverfahrens gedrängt wird, ist der neue Eröffnungstermin aufgrund des anhaltenden Kassensturzes bei der FBB, schon jetzt anzuzweifeln. Bei der letzten Sitzung hatte die FBB die möglichen Mehrkosten für den Flughafen aufgrund von Erweiterungen und Verzögerungen beim Bau sowie eines ausgeweiteten Schallschutzprogramms auf knapp 1,2 Milliarden Euro beziffert. Aus diesem Grund müssen eventuell neue staatliche Beihilfen bei der EU-Kommission angemeldet werden. Für ein formelles Prüfverfahren sind höchstens 18 Monate vorgesehen. Die bisherige Finanzierung des Flughafens hatte die EU-Kommission im Mai 2009 nach einem sechsmonatigen Beihilfeverfahren genehmigt.

Allerdings bringen EU-Bestimmungen gewisse zeitliche und finanzielle Entlastungen beim Bau des Flughafens. Das liegt daran, dass die EU die Sicherheitsbestimmungen für das Handgepäck von Passagieren noch nicht zu April 2013 ändern wird und auch die zum Untersuchen von Flüssigkeiten vorgesehenen neuen Scanner noch nicht installiert werden müssen.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

<http://www.morgenpost.de/brandenburg-aktuell/article108337646/Brandenburger-EU-Abgeordneter-zweifelt-an-Eroeffnungstermin.html>

5. Hinweis!!! Roaming-Kosten sind gesunken



Pünktlich zur Sommerpause hat das Europäische Parlament im Mai den neuen EU-Roaming-Regeln zugestimmt. Damit sind nicht nur Anrufe und SMS seit dem 1. Juli billiger, sondern auch die Kosten für Datenroaming sind gesunken.

Seit dem 1. Juli kostet das Herunterladen von einem Megabyte Daten nur noch höchstens 70 Cent. Für abgehende Gespräche zahlen die

Verbraucher nicht mehr als 29 Cent pro Minute, für eingehende Gespräche nicht mehr als 8 Cent pro Minute. SMS dürfen nicht mehr als 9 Cent kosten. Zu den Preisen kommt jeweils die Mehrwertsteuer hinzu.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120508IPR44648/html/G%C3%BCnstigere-Roaming-Geb%C3%BChren-und-Datentransfers-f%C3%BCr-Mobilfunknutzer>